



Niederschrift 34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.01.2007
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	anwesend bis 17:40 Uhr
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	anwesend bis 18:55 Uhr
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	
Herr Voehse, Gregor	Die Andere	
Frau Basekow, Angela		
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Herr Dr. Henrich, Lutz		anwesend bis 19:25 Uhr
Herr Lehmann, Carsten		
Herr Liebe, Thomas		
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Wernick-Otto
Herr Schweers, Norbert		
Frau Müller, Elona, Beigeordnete		

Nicht anwesend sind:

Herr Harder, Dirk	entschuldigt
Frau Parthum, Ute	entschuldigt
Herr Wernick-Otto, Frank	entschuldigt
Frau Scheuerer, Sabina	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 19.12.2006
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise

- 4 Wahl eines Mitgliedes in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- 5 Konzept Malteser Treffpunkt Freizeit
Vorlage: 06/SVV/1018
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 6 Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/1009
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 7 Bericht zur Realisierung der präventiven Kinder- und Jugendarbeit
- 8 Vorstellung der Fachstelle Kinderschutz des Landes Brandenburg, Start gGmbH
- 9 Antiaggressionstraining in Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0985
Fraktion Die Andere
- 10 Unterstützung eines Mehrgenerationenhauses
Vorlage: 06/SVV/0951
Fraktion SPD
- 11 Umweltpreis für Kinder und Jugendliche
Vorlage: 06/SVV/0964
Fraktion Familien-Partei
- 12 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Wartenberg erinnert daran, dass Herr Harder im nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung informieren wollte, aus welchen Gründen er diverse Ämter niedergelegt hat.

Frau Eiserbeck stellt folgenden **Antrag**:

Herr Harder wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Stellungnahme abzugeben.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass in diesem Tagesordnungspunkt keine Abstimmung erfolgen kann. Sie schlägt vor, sich im Laufe der Sitzung zu einem Verfahren zu verständigen.

Frau Dr. Müller informiert, dass die Drucksache zum TOP 10 vom Antragsteller im Sozialausschuss am 16.01.2007 als erledigt zurückgezogen wurde. Die Drucksache zum TOP 11 wurde vom Antragsteller zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 2

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 19.12.2006

Frau Schulze fragt, ob es bereits einen konkreten Termin für die Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule gibt. Des weiteren bittet sie um Information, ob es bereits ein Ergebnis des Gesprächs zwischen Verwaltung und Diakonie hinsichtlich der Änderungen in der Elternbeitragsordnung gibt.

Herr Schweers wird dazu unter „Mitteilungen des Jugendamtes“ informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen des Jugendamtes

Herr Schweers informiert, dass der Termin für die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule in der kommenden Woche abgestimmt wird und dann die Einladung verschickt werden.

Herr Schweers informiert, dass das Diakonische Werk Potsdam der Verwaltung des Jugendamtes mitgeteilt hat, dass der strittige Passus aus der Elternbeitragsatzung gestrichen wird.

Frau Schulze fragt, ob auch der Passus besprochen wurde, dass auf Antragsstellung die Gebühren erlassen werden können, wenn die Belastung dem Kind oder dessen Eltern nicht zuzumuten ist.

Herr Schweers erklärt, dass dies nicht gesondert aufgenommen werden muss, da dies im SGB VIII verankert ist.

Herr Schweers informiert, dass sich Herr Harder heute per Fax beim Jugendamt gemeldet und mitgeteilt hat, dass er aus persönlichen Gründen nicht an der heutigen JHA-Sitzung teilnehmen kann.

Er regt an, Herrn Harder nochmals zu bitten, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im nicht öffentlichen Teil darzustellen, aus welchen Gründen er seine Ämter niedergelegt hat.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Schweers weist auf kostenfreie Workshops des Exploratoriums für Kita-Erzieherinnen hin. Alle Einrichtungen werden diesbezüglich angeschrieben. Diese werden im Blocksystem stattfinden und insgesamt 24 Stunden umfassen. Ziel ist die Weiterentwicklung der mathematisch- naturwissenschaftliche Kompetenz der ErzieherInnen.

Inhaltlich werden Experimente angeboten, die auch in den Kindertagesstätten Anwendung finden und von Kindern selbständig unter Anleitung durchgeführt werden können.

Am 19.02.2007 wird es dazu eine Informationsveranstaltung Exploratorium Potsdam geben.

Nähere Informationen sind unter www.exploratorium-potsdam.de/kitaworkshops/ zu erhalten.

Alle Einrichtungen werden diesbezüglich angeschrieben.

Bereitschaftsdienst des Jugendamtes

Herr Schweers informiert, dass der Bereitschaftsdienst jetzt wieder durch den Fluchtpunkt durchgeführt wird. Polizei und andere Behörden haben die Telefonnummer. Von einer Veröffentlichung in den Medien wird abgesehen.

Benchmarking Hilfen zur Erziehung

Herr Schweers informiert, dass die Benchmarkingergebnisse des Bereiches Hilfen zur Erziehung durch Con_sens im Internet unter www.con_sens-info.de einzusehen sind.

Klausur des Jugendhilfeausschusses

Frau Dr. Müller erinnert an die geplante Klausur des Jugendhilfeausschusses am 16. und 17. Februar 2007 im Haus der Jugend. Die schriftliche Einladung wird allen Jugendhilfeausschuss-Mitgliedern zugeleitet.

Schulsozialarbeit

Frau Dr. Müller erinnert an die Verabredung aus der gemeinsamen Sondersitzung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport am 17.01.2007, ein gemeinsames Schreiben beider Ausschüsse zur Stärkung der Schulsozialarbeit an das MBSJ zu schicken.

Sie schlägt vor, im Unterausschuss Jugendhilfeplanung einen Entwurf zu erarbeiten und diesen dann im Jugendhilfeausschuss zu besprechen.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Frau Eiserbeck informiert, dass sich der Unterausschuss sehr eingehend mit dem Konzept des Malteser Treffpunkt Freizeit beschäftigt und ein einstimmiges positives Votum abgegeben hat.

AKKJ

Herr Liebe informiert, dass Schwerpunktthema im Arbeitskreis die Lückekinder sowie die Hinterfragung der Praktikabilität der Betreuung in den Klubs war. Er betont, dass oft keine Möglichkeiten bestehen, die z.B. 8-jährigen in den Klubs zu beschäftigen.

Es wird zwar versucht, für diese Kinder Angebote zu unterbreiten. Dies stößt jedoch auch auf personelle Grenzen.

zu 4 **Wahl eines Mitgliedes in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung**

Frau Basekow schlägt Herrn Liebe für die Wahl in den Unterausschuss vor und begründet dies. Sie macht deutlich, dass Herr Liebe seit Jahren mit großem Engagement in der Jugendarbeit tätig ist.

Herr Liebe steht für die Mitarbeit im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Herr Liebe wird in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gewählt.

zu 5 **Konzept Malteser Treffpunkt Freizeit Vorlage: 06/SVV/1018**

Frau E. Müller erinnert daran, dass die Malteser die Einrichtung per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung als überregionale Einrichtung auf der Grundlage eines Rahmenkonzeptes erhalten haben.

Sie informiert, dass durch das Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Schreiben vom 08.01.2007 mitgeteilt hat, dass der Malteser Treffpunkt Freizeit als Mehrgenerationenhaus zur Förderung ausgewählt wurde. Die Förderung beträgt 40.000 Euro jährlich mit einer Laufzeit von fünf Jahren. Diese Entscheidung wurde ohne Beteiligung der Kommune bzw. kommunalpolitischen Gremien getroffen.

Frau E. Müller macht deutlich, dass sie dieses Verfahren kritisiert, jedoch keinesfalls die Arbeit des Malteser Treffpunkt Freizeit.

Frau Knoblich bittet, dass das von Frau Müller gesagte im Protokoll so festgehalten wird.

Frau Al Talab stellt das Konzept vor und weist darauf hin, dass alle Angebote, die es bisher gab, im selben Umfang erhalten bleiben. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels erfolgt eine Ergänzung mit generationsübergreifenden Angeboten. Wichtig ist aber auch, dass ganze Familien in die Angebote einbezogen werden.

Sie informiert, dass die Angebote halbjährig evaluiert und wenn erforderlich, angepasst werden.

Aber auch die Vernetzung mit anderen Vereinen oder Gruppen für bestimmte Angebote wird angestrebt.

Sie gibt anhand des aktuellen Angebotsheftes einen Überblick über die Angebote des Hauses.

Frau Basekow macht deutlich, dass das Konzept sehr schwierig zu lesen ist, da aus ihrer Sicht kaum ein roter Faden zu finden ist. Sie macht deutlich, dass das Angebotsheft nicht ausgereicht wurde und dieses auch nicht die Grundlage eines Konzeptes sein könne.

Sie erinnert daran, dass der Treffpunkt Freizeit erhalten werden sollte, da dringend Angebote für Kinder und Jugendliche benötigt wurden. Sie fragt, ob die Kinder jetzt weggeblieben sind.

Herr Schweers erklärt, dass das Konzept nicht auf dem Angebotesheft basiert. Er erinnert daran, dass das Rahmenkonzept mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit in Workshops erstellt wurde, in denen auch Mitglieder des Jugendhilfeausschusses mitgewirkt haben. Auf die Einhaltung dieses Rahmenkonzeptes wird auch durch das Jugendamt geachtet.

Er betont, dass der Träger darüber hinaus Angebote für anderen Generationen macht. Der Treffpunkt Freizeit ist und bleibt eine Kinder- und Jugendeinrichtung mit zusätzlichen generationsübergreifenden Angeboten. Aufgrund der jetzt geringeren Förderung und der geringeren Ressourcen musste der Träger seine Angebote erweitern.

Frau Al Talab betont nochmals, dass die Kinder- und Jugendarbeit der absolute Schwerpunkt der Arbeit ist. Sie weist aber auch darauf hin, dass es erforderlich ist, auch Räume zu bestimmten Zeiten zu vermieten, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Es wird immer darauf geachtet, dass dies zu den bestehenden Angeboten passt.

Frau Al Talab informiert, dass es im Haus insgesamt 6 hauptamtliche Pädagogen, 2 Zivildienstleistende, eine Leitung und einen externen Hausmeister gibt. Ein großer Teil der Arbeit wird durch Ehrenamtliche und Praktikanten geleistet.

Frau Knoblich bittet um eine kurze Analyse zu den bisher erzielten Ergebnissen. Sie fragt, wie generationsübergreifende Maßnahmen definiert werden. Sie hat viele Angebote gefunden, die nicht generationsübergreifend, sondern für bestimmte Altersgruppen sind. An offener Kinder- und Jugendarbeit hat sie nur den Kids-Club und Aki im Konzept finden können.

Viele Angebote sind nach ihrer Ansicht abweichend von dem, was die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat.

Sie weist auf die Öffnungszeiten hin, und würde es begrüßen, wenn die Einrichtung an 7 Tagen in der Woche geöffnet wäre, da gerade berufstätige Eltern an den Wochenenden Zeit und Gelegenheit haben, um mit ihren Kindern etwas zu unternehmen.

Sie bittet, bei der Aufteilung der Finanzierung statt der angegebenen Prozente konkrete Summen zu benennen. Des weiteren bittet sie um Aussagen zur Gesamtfinanzierung des Hauses, da im Konzept nur der Teil aufgeführt ist, den die Stadt finanziert.

Frau Al Talab erklärt, dass im Qualitätsmanagementsystem alle Angebote registriert werden. Hier werden halbjährlich die Teilnehmerlisten der Kurse geprüft, um zu sehen, wie diese Angebote angenommen werden.

Sie macht deutlich, dass mit dem vorhandenen Personal eine Öffnung der Einrichtung an 7 Tagen in der Woche nicht realisierbar ist und weist darauf hin, dass der Träger die Einrichtung jährlich mit 140.000 Euro bezuschusst.

Frau Schulze hebt die Arbeit im Haus hervor und dankt Frau Tänzler und Frau Al Talab für ihr Durchhaltevermögen während der Bauphase.

Sie fragt, aus welchen Stadtteilen diejenigen kommen, die das Haus am meisten nutzen und fragt, ob das Haus auch von Kitas und Schulen genutzt werden kann,

bevor nachmittags die Angebote anlaufen.

Frau Tänzler informiert, dass die Turnhalle sehr intensiv an den Vormittagen von vielen umliegenden Kitas und Schulen genutzt wird. Es gibt aber auch Angebote an Kitas und Schulen am Nachmittag.

Herr Voehse merkt kritisch an, dass im Konzept keine Problemstellung oder eine kritische Selbstanalyse zu finden ist. Er macht aber auch deutlich, dass dies für sehr viele Konzepte zutrifft, die heutzutage erstellt werden.

Frau Eiserbeck betont, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung sehr intensiv mit diesem Konzept befasst und ein eindeutiges Votum abgegeben hat. Sie macht nochmals deutlich, dass die Einrichtung auch Eigeneinnahmen erzielen muss.

Herr Dr. Henrich hält es für sehr wichtig, eine Konzeption zur Nachwuchsgewinnung zu erarbeiten. Dies ist nicht Sache der Malteser allein, sondern sollte von allen Vereinen, die das Haus nutzen, geleistet werden. Er bemängelt, dass der Fanfarenzug im Konzept nicht mehr als Arbeitsgemeinschaft des Treffpunkt Freizeit, sondern als „Zusammenarbeit mit den freien Trägern“ aufgeführt ist.

Frau Dr. Müller erinnert daran, was in dem durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Arbeitskonzept steht. Es muss auch bedacht werden, wohin die sozialpolitische Ausrichtung dieser Stadt geht. Sie kann die Ressourcennutzung des Hauses durchaus begrüßen. Sie weist darauf hin, dass auch die Finanzierung genau auf dieser Ausrichtung des Konzeptes beruht. Ansonsten muss das Haus in anderem Maße gefördert werden.

Frau Basekow macht deutlich, dass dieses Konzept aus ihrer Sicht keine Wertigkeiten enthält. Sie möchte keine Schlussfolgerung aus dem von ihr gesagten, dass sie die Arbeit in der Einrichtung kritisieren will.

Frau E. Müller erklärt, dass es mit vielen Trägern in der Stadt Kontakte gibt, um dafür zu werben, dass diese generationsübergreifend arbeiten, wie es die Malteser bereits tun. Sie schlägt vor, die Angebote zu konkretisieren und konkreter darzustellen, in welchem Umfang diese durchgeführt und wie sie angenommen werden. Sie macht auch deutlich, dass der Fanfarenzug kein Bestandteil der Malteser ist und separat gefördert wird. Sie schlägt auch vor, das Rahmenkonzept nochmals gegenüber zu stellen. Frau E. Müller plädiert dafür, mit den zusätzlichen Informationen das Konzept in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses erneut zu beraten.

Frau Tänzler macht deutlich, dass das Konzept die Grundlage für die Arbeit des Hauses ist. Darauf baut das Angebotsheft auf, das halbjährlich überarbeitet bzw. angepasst wird.

Frau Knoblich kann anhand der aufgeführten Angebote nicht erkennen, ob diese für Kinder sind. Sie regt an, samstags und sonntags Angebote zu unterbreiten und dafür andere Öffnungszeiten zu reduzieren.

Frau Al Talab erklärt, dass es auch Angebote an den Wochenenden gibt.

Herr Lehmann fragt, wo der hohe Anteil an Kinder- und Jugendarbeit liegt. Eine Begründung für nicht geöffnete Wochenenden mit fehlendem Personal ist für ihn nicht nachvollziehbar. Hier könnten Öffnungszeiten auch verlagert werden.

Frau Schulze schlägt vor, dass das Angebotsheft an alle Jugendhilfeausschussmitglieder ausgereicht wird. Sie erinnert daran, dass die Malteser auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes als Träger für diese Einrichtung ausgewählt wurden. Sie empfiehlt, sich nochmals anzusehen, was diesbezüglich bereits beschlossen wurde.

Herr Liebe verweist auf die Interessen des Trägers, hier etwas zu tun, was der Situation in der Landeshauptstadt Potsdam entspricht. Er erwartet, dass der Jugendhilfeausschuss dem Träger hilfreicher zur Seite steht. Er bemängelt, dass das Votum des Unterausschusses nicht ernst genommen wird und bittet um Vertagung.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass der Träger das Konzept konkretisiert. Sie verweist auf das Säulenkonzept und regt an, dies zur nächsten Sitzung an alle Jugendhilfeausschussmitglieder zu versenden.

Herr Schweers schlägt vor, das Konzept in zwei Monaten erneut in die Tagesordnung aufzunehmen. Er wird gemeinsam mit dem Träger beraten, wie das Konzept überarbeitet werden kann. Ihm ist auch aufgefallen, dass es unterschiedliche Auffassungen zur Erstellung von Konzepten gibt. Daher wird die Verwaltung gemeinsam mit den beiden Unterausschüssen ein grobes Raster erstellen, um dann zu einem Rahmengerüstschema für die Konzepterstellung zu finden.

Frau Knoblich bittet um die Darstellung des Finanzplanes in Summen.

**zu 6 Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/1009**

Herr Meck stellt anhand von Folien das Konzept vor.

Frau Eiserbeck findet das Konzept sehr umfangreich und anschaulich dargestellt. Sie macht deutlich, dass jetzt überlegt werden muss, wie damit umgegangen werden soll.

Frau Dr. Müller regt an, vor allem den letzten Teil des Konzeptes etwas verbindlicher zu gestalten. Sie hält dieses Papier für zu wertvoll, um dies lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Liebe verweist auf die Handlungsempfehlungen zur Familienpolitik und bittet evtl. im Herbst ein erstes Feedback zu bekommen, inwieweit diese Handlungsempfehlungen umgesetzt geworden ist.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass in dem vorliegenden Konzept drei wichtige Bestandteile fehlen - die Bereiche Bildung, Sport und Kultur. Diese sollen noch ergänzt werden.

Sie macht auch deutlich, dass die Handlungsempfehlungen für die Kinder- und Jugendpolitik nicht einzeln betrachtet werden dürfen. Hier müssen auch die älteren Menschen betrachtet werden. Die Schwerpunktsetzung muss gemeinsam mit

Kommunalpolitik diskutiert werden.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dies im Oktober/November 2007 im Jugendhilfeausschuss zu thematisieren.

Herr Schweers informiert, dass am 31.01.2007 in der Stadtverordnetenversammlung das Konzept zu Leitlinien der Familienpolitik vorgestellt wird.

Herr van Leeuwen fragt, wie verbindlich dieses für Verwaltungshandeln, aber auch für die Stadtverordneten ist. Er bittet um verbindliche Leitlinien, um auch ressortübergreifend reagieren zu können.

Herr Menzel bittet um nähere Aussagen zu den Schülerzahlen in den einzelnen Klassenstufen und deren Entwicklung in den nächsten Jahren.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass die eingeforderten Zahlen bekannt sind und im statistischen Informationssystem der Stadt „PIA“ abrufbar sind. Sie betont, dass sich jetzt zeigt, wie wichtig die sozialräumliche Ausrichtung ist.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Bericht zur Realisierung der präventiven Kinder- und Jugendarbeit

Frau Dr. Müller weist auf den Antrag 06/SVV/0890 der Fraktion DIE LINKE.PDS hin, der Ausgangspunkt für diese Information ist.

Herr Schweers erklärt, dass das vorgelegte Papier der erste Bericht der Verwaltung ist. Er schlägt vor, vor der Sommerpause die Projekte vorzustellen.

Frau Schulze begrüßt diesen Vorschlag. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit sollte im Juni 2007 eine erste Analyse im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Vorstellung der Fachstelle Kinderschutz des Landes Brandenburg, Start gGmbH

Herr Leitner stellt anhand von Folien die Arbeit der Fachstelle Kinderschutz vor und erläutert die Kernaufgaben. Er macht dabei deutlich, dass es hier um eine Verbesserung der Kommunikations- und Kooperationsstrukturen geht und weist auf die Homepage www.fachstelle-kinderschutz.de hin.

Herr Leitner weist auf die Broschüren „Empfehlungen zum Umgang und zur Zusammenarbeit bei Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung sowie bei entsprechenden Verdachtsfällen“ und „Leitfaden zur Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung“ hin, die an alle JHA-Mitglieder ausgereicht werden. Er informiert, dass eine Info-Reihe „Kinderschutz aktuell“ herausgegeben werden soll.

Frau Basekow fragt, ob der Jugendhilfeausschuss hier unterstützen kann.

Herr Leitner erklärt, dass der Kinderschutz als Thema aktuell gehalten werden muss.

Frau Basekow weist auf die Forderungen der AWO hin, dass die Unterstützungen in den ersten sechs Lebensmonaten verstärkt werden. Hierbei wird u.a. gefordert, die Mütterberatungsstellen wieder einzuführen.

Frau E. Müller betont, dass das Jugendamt genau dies aufnimmt und ein Begrüßungsdienst für alle Neugeborenen in der Landeshauptstadt Potsdam geplant wird. In jeder Familie mit einem Neugeborenen erfolgt ein Hausbesuch. Derzeit wird ein entsprechendes Konzept erarbeitet, das in den nächsten drei bis vier Monaten vorgelegt werden soll.

Herr Schweers ergänzt, dass bei den Hausbesuchen auch ein Info-Ordner an die Eltern ausgereicht werden soll, mit dem sie wichtige Hinweise und Ansprechpartner erhalten. Es ist angedacht, hier auch Ehrenamtliche einzubeziehen.

Frau Köhler erläutert das Vorgehen des Jugendamtes zum Kinderschutz. Sie macht dabei deutlich, dass bereits vor Inkrafttreten des KICK schon Verständigungen und Fortbildungen stattgefunden haben.

Herr Liebe fragt, ob es Träger gibt, die die geforderte Vereinbarung mit dem Jugendamt noch nicht abgeschlossen haben.

Herr Schweers erklärt, dass die Träger neben der Benennung der Fachkräfte auch ein eigenes Verfahren entwickeln müssen, daher haben noch nicht alle Träger diese Vereinbarung unterschrieben.

Herr van Leeuwen weist darauf hin, dass die angeführte Anlage den Unterlagen nicht beigelegt war.

Herr Schweers sagt zu, diese mit dem Protokoll nachzureichen.

zu 9 Antiaggressionstraining in Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0985

Herr Voehse bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schweers erklärt, dass das Jugendrechtshaus Potsdam vom 11.03.2006 bis 01.07.2006 einen Anti-Aggressionstrainingskurs für die Jugendämter Potsdam und Potsdam-Mittelmark durchgeführt hat. Die Zuweisung erfolgte nach Vorschlag und Prüfung der Jugendgerichtshilfe durch das Amtsgericht. Er erläutert kurz das Verfahren.

Herr Schweers schlägt vor, nach Abschluss des laufenden Kurses die Ergebnisse durch den Träger vorstellen zu lassen.

Frau Dr. Müller greift dies auf und regt an, dies in die Arbeitsplanung des Jugendhilfeausschusses für 2007 aufzunehmen.

zu 10 Unterstützung eines Mehrgenerationenhauses
Vorlage: 06/SVV/0951

Der Antrag wird durch den Antragsteller als erledigt erklärt.

**zu 11 Umweltpreis für Kinder und Jugendliche
Vorlage: 06/SVV/0964**

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgestellt.

zu 12 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss:

22. Februar 2007 16:30 Uhr Raum 3.025 im Stadthaus

**Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Protokoll**